

HUMBOLDT-UNIVERSITÄT ZU BERLIN  
Studierendenparlament  
Unter den Linden 6  
10099 Berlin  
Präsidium  
Tel: +49-30-2093-2603 / -2614  
Fax: +49-30-2093-2396  
mailto: praesidium@stupa.hu-berlin.de  
www.stupa.hu-berlin.de



**Protokollauszug der 6. Sitzung des 16. Studierendenparlaments, 17.  
November 2008**

**5. Anträge**

**5.5 Antrag Hochschulpolitisches Referat – Public Policy**

Lena (HoPo) stellt den Antrag vor.

*„Das StuPa möge beschließen:*

*Das Studierenden-Parlament der Humboldt-Universität lehnt die geplante Einrichtung des kostenpflichtigen weiterbildenden Master-Studienganges „Public Policy“ aus folgenden Gründen ab:*

- 1. Das Studierenden-Parlament der Humboldt-Universität spricht sich generell gegen die Einführung von kostenpflichtigen weiterbildenden Masterstudiengängen aus.*
- 2. Kostenpflichtige Studiengänge schließen grundsätzlich einen Teil von Studierwilligen vom Studium aus, weshalb wir jeden jeden gebührenpflichtigen Studiengang ablehnen. Mit den Gebühren von 18 000 € werden breite Teile der Bevölkerung von diesem Studium und damit vom dort vermittelten Wissen ausgeschlossen.*
- 3. Bei dem in diesem Studiengang vermittelten Wissen handelt es sich um die Befähigung zur Entwicklung und Durchsetzung von politischen Zielen innerhalb der Gesellschaft. Dieser Wissenserwerb wird nur einer Minderheit (die sich 18 000€ für eine zweijährige Ausbildung leisten kann) ermöglicht. Da es aber in einer demokratischen Gesellschaft jedem gleichberechtigt möglich sein sollte politische Ziele zu entwickeln und durchzusetzen, sollte gerade dieses Wissen auch allgemein zugänglich sein. Der angemessene Ort für diese Wissensvermittlung ist also kein mit vielen Exklusionsmechanismen versehener kostenpflichtiger weiterbildender Master-Studiengang.*
- 4. Eine öffentliche Hochschule sollte sich ihrer Verantwortung für die demokratische Gesellschaft bewusst sein und einen solchen Studiengang nicht einmal mit ihrem Namen unterstützen.  
Sie sollte sich dem öffentlichen Interesse der gesamten Bevölkerung an gleichberechtigter Teilhabe an Wissen und Herrschaft eher verpflichtet fühlen, als dem Service-Wunsch von Unternehmen und Lobbygruppen.“*

Abstimmungsergebnis: 42:2:3.

Für das Präsidium

Johannes Ruthenberg